

Wohin mit den Abgewiesenen?

Der Regierungsrat wollte in einer ehemaligen Jugendstrafanstalt im jurassischen Prêles ein sogenanntes Rückkehrzentrum für abgewiesene Asylsuchende einrichten. Dort sollten diese mit möglichst wenig Anreizen und einer Rückkehrberatung dazu gebracht werden, freiwillig in ihr Heimatland zurückzukehren.

Mit 80 zu 73 Stimmen hat der Grosse Rat in der Märzsession diese Pläne vorerst abgeschmettert. Aus unterschiedlichen Motiven: Während die Grossrätinnen und Grossräte aus dem Jura um ihre Sicherheit fürchteten, wollten die EVP und die Linksparteien kein «Zermübbungszent-

rum», wo Asylsuchende über Monate und Jahre interniert und von ihren sozialen Kontakten abgeschnitten werden.

Wir von der EVP haben besonders diejenigen Abgewiesenen im Visier, die unter dem alten Asylrecht über Jahre auf einen Entscheid gewartet haben, nun aber aus unterschiedlichen Gründen nicht in ihre Heimatländer zurückgebracht werden können. Viele von ihnen haben sich integriert, ein Teil sorgt inzwischen selbst für seinen Lebensunterhalt. Aus naheliegenden Gründen sind die meisten von ihnen nicht bereit, freiwillig zurückzukehren.

Der Bund fordert von

den Kantonen keine separaten Rückkehrzentren. Nach wie vor versteift sich der Regierungsrat aber darauf. Die abgewiesenen Asylsuchenden brächten Missgunst und eine demotivierende Stimmung in die Asylzentren, wenn man sie nicht separat unterbringe, sagt er.

Einen gangbareren Weg zeigt Artikel 46 des neuen Asylgesetzes auf: «Erweist sich der Vollzug aus technischen Gründen als nicht möglich, so beantragt der Kanton dem Staatssekretariat für Migration die Anordnung einer vorläufigen Aufnahme.» Die EVP hat deshalb einen Vorstoss eingereicht, der fordert, dass



Barbara Streit-Stettler

der Kanton beim Bund zum Beispiel für Menschen aus Tibet, Algerien oder Eritrea, die unter Artikel 46 fallen, eine vorläufige Aufnahme beantragt.

*Barbara Streit-Stettler,
Grossrätin*

Impressum

Herausgeber:
EVP Kanton Bern
Postfach, 3000 Bern 7

Redaktion:
«Berner EVP»
Christof Erne, Bern

Kontaktadresse
für «EVP-Info»:
Christof Erne
Tel. 031 991 78 91
bev@evp-be.ch

EVP Stadt Bern
Postfach 6049
3001 Bern
Postkonto 30-2067-3

info@evp-bern.ch
www.evp-bern.ch
www.facebook.com/
evpstadtbern

Kurz-Infos

Neu im Vorstand

An der Hauptversammlung vom 14. März wurde Joel



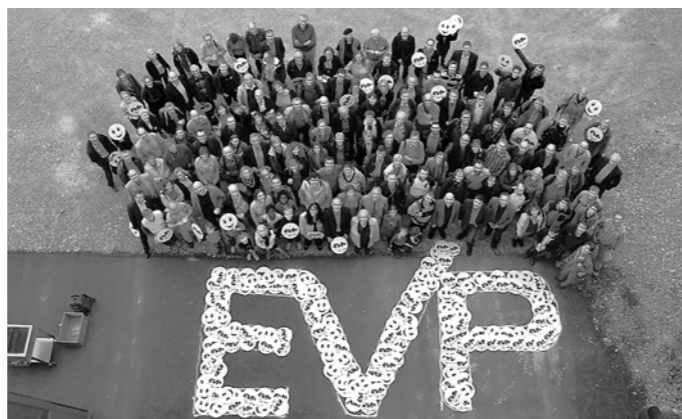
Joel Leber

Leber in den Vorstand der EVP Stadt Bern gewählt. Auch beruflich hat er als Ratsweibel des Berner Stadtrates viel mit Politik(ern) zu tun. Wir danken ihm herzlich für sein Engagement. *BJT*

EVP-Jubiläum

Mit einer ebenso fröhlichen wie würdigen Feier beging die EVP Schweiz am 9. März auf dem Gurten ihr 100-

Jahr-Jubiläum. Viele Bild- und Video-Impressionen dazu finden sich auf www.evppev.ch/partei/veranstaltungen/jubilaeum. *ce*



EVP-Info

Informationen
der Evangelischen
Volkspartei Stadt Bern
www.evp-bern.ch

Mai 2019

Vom Agglobewohner zum Städter

Städte waren früher in meinen Augen zubetonierte und zugepflasterte Orte mit Hochhäusern und wenig Grünflächen. Seit drei Jahren wohne ich im Rossfeld im Nordwesten der Stadt Bern und mache ganz andere Erfahrungen: Hier gibt es praktisch keine Hochhäuser, aber grossflächige Grünräume mit vielen verschiedenen Bäumen und dazwischen die Aare.

Vom Agglobewohner zum Städter zu werden, ist das cool?

Wenn man ins Rossfeldquartier zieht, definitiv! In Ittigen war ich für die EVP Mitglied der Tiefbau- und Gemeindebetriebskommission. Kaum war ich nach Bern umgezogen, wurde ich auch hier um Mithilfe gebeten. Das Rossfeldquartier gehört zum

Stadtteil II. Dort bin ich nun als EVP-Vertreter in der Quartierkommission Länggasse-Engelhalbinsel, die das Wort «coole» treffend in ihrer Abkürzung QLE trägt.

Hier diskutieren wir vor allem Bauprojekte, die unseren Stadtteil betreffen. Die grössten Projekte, die wir im Moment begleiten, sind sichere Schul-, Fussgänger und Fahrradwege, der Bahnhofumbau 2025 – vor allem was den Baustellenverkehr und die mit den Baustellen zusammenhängenden Lärmemissionen betrifft, die Viererfeld- und Mittelfeldüberbauung sowie der Neubau der Schwimmhalle Neufeld.

Meine Motivation, in dieser Kommission mitzuarbeiten?

Für mich ist das Tiramisu nicht nur ein feines

Dessert, sondern ein Lebensmotto. Ich möchte mich im Namen unseres Schöpfers und seiner guten Botschaft nicht nur von Jesus aufstellen lassen, sondern selbst mit seiner Hilfe gesellschaftlich aktiv werden.

Als gelernter Bauzeichner bringe ich Know-how mit, das ich in der QLE einsetzen kann. Weil ich selbst Velo fahre, interessieren mich naturgemäss vor allem die Veloprojekte. Kürzlich wurde bei uns im Rossfeld als Pilotversuch eine provisorische PubliBike-Station eingerichtet. Sie wird regenutz und gehört nun definitiv zum Quartier. Das freut mich natürlich sehr!

Unterdessen fühle ich mich im Rossfeld zu Hause. Weil ich als Zugbegleiter resp. neu als «Kundenbegleiter



Pascal Hunziker

«SBB Fernverkehr» vorwiegend im Frühdienst arbeite, bin ich auf das Velo angewiesen. Da kommt mir der kurze Weg zwischen Wohn- und Arbeitsort zugute. In der QLE schätze ich das gute Einvernehmen unter den Mitgliedern und die Zusammenarbeit zugunsten unseres Stadtteils über die eigene Partei bzw. den eigenen Verein hinaus.

*Pascal Hunziker,
Mitglied Quartierkommission Länggasse-Engelhalbinsel*

Danke für Ihre Spende

Dieser «EVP-Info» liegt ein Einzahlungsschein der EVP Stadt Bern bei. Wir bedanken uns für jeden Beitrag für unsere Parteiarbeit – z.B. für die «EVP-Info», Veranstaltungen und Wahlkampfaktionen. Die EVP Stadt Bern finanziert sich primär aus Spenden, weil die Mitgliederbeiträge zum grossen Teil an die Kantonalpartei weiterfliessen.

Ihre EVP Stadt Bern

Termine 2019

- **Freitag, 14. Juni, früher Abend:** «EVP unterwegs», gemeinsamer Event mit der EVP Ostermündigen. Nähere Angaben folgen davor im Newsletter und auf www.evp-bern.ch.
- **Mittwoch, 6. November:** Parolenfassung zu den Volksabstimmungen vom 24. November.
- **Mittwoch, 4. Dezember:** Adventsfeier.
Mittwochsanlässe je 19.30 Uhr, Nägeligasse 9, Bern.

«Es gibt zu wenig bezahlbare Wohnungen in Bern»

Am 19. Mai stimmen die Stadtberner Stimmberechtigten über einen Rahmenkredit zu Gunsten eines aktiven städtischen Wohnbaus ab. EVP-Stadtrat Matthias Stürmer erklärt die Hintergründe.

Wo siehst du die Hauptprobleme im Berner Wohnungsmarkt?

Ganz einfach: Es gibt zu wenig bezahlbare Wohnungen in der Stadt Bern. Mit der sehr tiefen Leerwohnungsziffer von 0,45 % gibt es für die 142 000 Einwohner nur gerade 350 freie Wohnungen – viele davon sind überteuert, weshalb sich keine Nachmieter finden. Ein Student hat mir kürzlich erzählt, dass bei einer Wohnungsbesichtigung die Schlange der Interessierten bis auf die Strasse führte. So verwundert es nicht, dass viele Familien aus Bern wegziehen, um in umliegenden Gemeinden ein besseres Zuhause zu finden. Ursache ist meines Erachtens, dass wir in Bern eine zu wenig stark ausgeprägte Kultur der Wohnbaugenossenschaften haben, die gemeinnützige Liegenschaften bauen und bewirtschaften.

2014 wurde eine städtische Volksinitiative «für mehr bezahlbaren Wohnraum» gutgeheissen. Was wurde in der Zwischenzeit erreicht?

Leider nicht viel. Der Hauseigentümergebiet Bern hatte nach dem deutlichen Volks-

de gegen die Initiative eingereicht und letzten Sommer angekündigt, diese gar ans Bundesgericht weiterzuziehen. Somit wird die Initiative wohl noch einige Zeit offiziell nicht in Kraft treten können. Immerhin kann der Gemeinderat einen Teil der Initiative umsetzen, indem er bei Bauprojekten auf städtischem Land mindestens einen Drittel der Wohnfläche für gemeinnützigen oder preisgünstigen Wohnungsbau reserviert. So soll nun etwa auf dem Viererfeld die Hälfte der Fläche von Wohnbaugenossenschaften bebaut werden.

Mit einem Rahmenkredit von 60 Mio. Fr. soll der städtische Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik am Markt rasch und unbürokratisch Liegenschaften mit einem moderaten Preis erwerben können. Was spricht dafür?

Das ist eine sehr sinnvolle und wichtige Abstimmungsvorlage, die es der Stadt Bern ermöglicht, rascher Liegenschaften auf dem Wohnungsmarkt zu erwerben. Es kommt nämlich vor, dass Immobilienbesitzer bereit sind, der Stadt Bern ein Haus zu einem vernünftigen



Matthias Stürmer

Preis zu verkaufen. Doch bisher musste neben dem Gemeinderat ab 5 Mio. Fr. auch der Stadtrat und bei Beträgen über 10 Mio. Fr. auch noch das Stimmvolk dazu befragt werden. Der Rahmenkredit von 60 Mio. Fr. ermöglicht nun der Stadt Bern, ohne solche Hürden Immobilien zu erwerben und diese mit sogenannten Vermietungskriterien für günstigen Wohnraum (GüWR) für einkommensschwächere Einwohner und Familien auf den Markt zu bringen.

Mit dem Rahmenkredit sollen auch Familienwohnungen im mittleren Preissegment oder strategisch wichtige Objekte gekauft werden können. Gibt es im mittleren Preissegment zu wenig Wohnraum in diesen Bereichen?

Genau, insbesondere grössere Wohnungen sind in der Stadt Bern sehr knapp. Von den erwähnten 350 Leerwohnungen sind nur 45 4-Zimmer-Wohnungen, und nur 16 haben über vier Zimmer. Klar hängt das auch mit unseren Ansprüchen zusammen. Früher wohnten Familien in 3-Zimmer-Wohnungen, heute wollen sie eher vier oder mehr Zimmer. Aber meist sind die hohen Mietpreise das Problem. Wie in der 2018 veröffentlichten Wohnstrategie soll deshalb einerseits die Stadt Bern über den «Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik» mehr eigenen Wohnraum erwerben. Andererseits sollen gemeinnützige Trägerschaften wie Wohnbaugenossenschaften weiter gefördert werden, damit sie auch tatsächlich bauen.

Wie wünschst du dir den künftigen Wohnungsmarkt in Bern?

Ich möchte, dass Familien und gemeinschaftliche Wohnformen bezahlbare und gleichzeitig energetisch gute Wohnungen in der Stadt Bern finden können. Mehr genossenschaftlicher Wohnungsbau ermöglicht dies.

Interview: Christof Erne

Städtische Volksabstimmungen vom 19. Mai 2019

Leistungsverträge mit vier grossen Kulturinstitutionen

In den Jahren 2020 bis 2023 will die Stadt mit rund 39 Mio. Franken pro Jahr mehr als 22 kulturelle Institutionen und Veranstaltungen unterstützen. Davon sollen 26,27 Mio. Franken an die vier grössten Kulturinstitutionen gehen, deren Kredite am 19. Mai zur Abstimmung kommen.

Das Bernische Historische Museum und Konzert Theater Bern

(KTB) werden gemeinsam mit dem Kanton, den Regionsgemeinden und im Fall des Historischen Museums auch mit der Burgergemeinde unterstützt. Die Kornhausbibliotheken bestehen aus einem gemeinsam finanzierten Teil als Stadt- und Regionalbibliotheken und den allein von der Stadt finanzierten Quartierbibliotheken. Die Dampfzentrale

Bern wird als grösstes und führendes Gastspiel- und Koproduktionshaus für zeitgenössische Künste allein von der Stadt finanziert.

Wir EVP-Stadträte sind froh, dass die Kulturförderung in den letzten Jahren etwas fokussierter und transparenter wurde, und empfehlen Ihnen die Annahme der vier Kredite.

Bettina Jans-Troxler,
Stadträtin



Bettina Jans-Troxler

Volksschule Kleefeld: Ersatzneubauten und Sanierung Doppelturnhalle

Die Schulanlage Kleefeld im Westen Berns wurde Anfang der 1970er Jahre erstellt und ist heute in einem baulich schlechten Zustand. Eine Studie hat gezeigt, dass ein

Ersatzneubau in jeder Hinsicht sinnvoller ist als eine Sanierung. Zusätzlich soll die bestehende Doppelturnhalle saniert werden und das Lehrschwimmbcken nach der Inbe-

triebnahme der neuen Schwimmhalle im Neufeld in einen Mehrzweckraum umgebaut werden. Wer die Anlage kennt, weiss, dass auch der Aussenraum eine Aktualisierung nötig

hat. Die EVP-Stadträte empfehlen Ihnen, den 59,2-Millionen-Kredit für diese dringend nötigen baulichen Massnahmen anzunehmen.

Bettina Jans-Troxler,
Stadträtin

60 Millionen für mehr bezahlbaren Wohnraum

Die Berner Bevölkerung kann am 19. Mai 2019 über einen 60-Millionen-Rahmenkredit abstimmen, mit dem die Stadt über den «Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik» künftig flexibler Immobilien erwerben und als günstigen Wohnraum auf den Markt bringen will.

Schon heute besitzt dieser Fonds ein Immobilienportfolio von

1,3 Milliarden Franken, das in den letzten zehn Jahren im zweistelligen Millionenbereich stetig an Wert zugenommen hat. Dementsprechend können mit dem zusätzlichen Rahmenkredit weitere Immobilien erworben und als sogenannte «GüWR-Wohnungen» im Segment des günstigen Wohnraums mit Vermietungskriterien an einkommensschwache

Personen und Familien vermietet werden.

Die EVP-Stadtratsmitglieder unterstützen das Anliegen für mehr bezahlbaren Wohnraum und empfehlen deshalb die Annahme der Vorlage.

Matthias Stürmer,
Stadtrat

Weitere Infos zur Abstimmungsvorlage und zum Thema Wohnen in Bern im Interview links.

Wohnstrategie

Die Stadt Bern hat eine Wohnstrategie und fünf Leitsätze dazu definiert. Stichworte sind vielfältiger Wohnraum für alle, Gemeinwohlorientierung, Mitbestimmung und Mitverantwortung der Bevölkerung, starke Nachbarschaften sowie Schonung der Ressourcen.

Infos: www.bern.ch/themen/wohnen/wohnstrategie